



DIE WELT, 25.08.2021, Nr. 197, S. 9 / Ressort: Wirtschaft

Rubrik: Wirtschaft

Für RWE-Chef klaffen Anspruch und Realität weit auseinander

Markus Krebber zweifelt am Kohleausstieg 2038 - denn ohne deutlich mehr Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien bleiben fossile Kraftwerke noch lange unverzichtbar

Carsten Dierig und Daniel Wetzel

Der Energiekonzern RWE zweifelt am geplanten Datum für den Kohleausstieg in Deutschland. "Wenn wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien in dem Tempo weitermachen wie heute, klappt der Kohleausstieg 2038 nicht - außer die Nachfrage wird geringer, also wir deindustrialisieren", sagte Vorstandschef Markus Krebber vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung Düsseldorf (WPV). Dem 48-Jährigen zufolge klaffen Anspruch und Wirklichkeit auf dem Weg zur angestrebten Klimaneutralität hierzulande sehr weit auseinander. "Wir brauchen daher schnell die entsprechenden Rahmenbedingungen: Die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien sollten erhöht, der Netzausbau beschleunigt und die Genehmigungsverfahren etwa für Windenergieanlagen verkürzt werden."

Krebbers Aussage lässt sich leicht missverstehen. Immerhin gehören die Kohlekraftwerke des Konzerns aus Essen noch immer zu den größten CO₂-Emittenten in Europa. Dennoch dürfte es ihm wohl kaum darum gehen, einer Laufzeitverlängerung den Boden zu bereiten. Denn schon unter seinem Vorgänger Rolf Martin Schmitz hatte sich RWE vollständig auf die Energiewende ausgerichtet.

Mittlerweile ist das Unternehmen sogar einer der größten Ökostromanbieter auf dem Kontinent und nach eigenen Angaben weltweit die Nummer zwei beim Thema Offshore-Windkraft. Investiert wird ausschließlich in erneuerbare Energien. Gleichzeitig kommt der Kohleausstieg des Dax-Konzerns voran: Schon in den kommenden Monaten wird RWE weitere sieben Kohleleiler stilllegen. Doch das Abschalten der Kraftwerke funktioniert nicht beliebig. "Das Gelingen der Energiewende in Deutschland hängt nicht davon ab, ob mit RWE ein Ausstiegsdatum vereinbart wird, sondern wie schnell der Ausbau der Erneuerbaren gelingt", sagt Krebber.

Seine Mahnung, dass der Kohleausstieg bis 2038 womöglich nicht zu halten sein wird, ist eine rein mathematische Analyse und nüchterne Marktbetrachtung. Und die bringt der frühere Controlling-Chef und Finanzvorstand des Unternehmens so auf den Punkt: Kohleausstieg ist nicht, wenn ein Politiker es sagt - Kohleausstieg ist, wenn Alternativen da sind. "Wir müssen immer auch die Versorgungssicherheit beachten", erklärt Krebber.

Das zeigt auch das Beispiel Baden-Württemberg. In dem seit Jahren grün-regierten Bundesland ist der Kohleausstieg lange beschlossen, dennoch laufen die Meiler weiter - weil sie müssen. Erst kürzlich noch hatte Michael Vassiliadis, der Chef der Energie-Gewerkschaft IG BCE, in einem internen Gewerkschaftsschreiben auf die Versorgungslücke hingewiesen, die durch den gleichzeitigen Atom- und Kohleausstieg gerissen wird: "Diese Versorgungslücke führt übrigens zu der Absurdität, dass ausgerechnet im grün regierten Baden-Württemberg zwar alle Beschlüsse zum Kohleausstieg gefallen sind, aber alle Kohlekraftwerke noch laufen, weil die Bundesnetzagentur sie als systemrelevant definiert hat und sie somit weiterlaufen müssen."

Klima-Aktivisten und Umweltschützer können die Politik also noch so sehr auf frühere Ausstiegsdaten drängen: Am Ende muss der Strom irgendwo herkommen. Doch bei den aktuellen Ausbauraten von Wind- und Solarkraft lässt sich der fossil-atomare Kraftwerkssektor, der heute noch knapp 50 Prozent des Strombedarfs deckt, schlicht nicht ersetzen. "Wir würden gerne viel mehr machen in Deutschland. Aber leider gibt es nicht genug Projekte", sagt Krebber. Die aber seien entscheidend für das Ausstiegsdatum bei der Kohle. "Wenn wir die erneuerbaren Energien in Deutschland schneller ausbauen, ist der Kohleausstieg eine automatische Folge." Je nach Tempo könne die Abschaltung des letzten Kohlekraftwerks dann sogar früher passieren als geplant.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden in Deutschland 240 Windkraftanlagen an Land mit einer Leistung von 971 Megawatt aufgebaut. Selbst wenn in diesem Jahr noch die 2000 Megawatt-Schwelle überschritten wird, reicht dies nicht aus, bis 2030 eine CO₂-Minderung von 65 Prozent zu erreichen. Die Windkraft- und Klimalobby fordert einen Ausbau von idealerweise 5000 Megawatt Windkraft pro Jahr. Schließlich verlieren mehrere tausend Windkraftanlagen in den kommenden Jahren ihre auf 20 Jahre angelegte Einspeisevergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz. Viele davon dürften abgebaut werden, was es noch schwieriger macht, die Ökostrom-Lücke zu füllen.

Aber Krebber zufolge fehlt es weiterhin an Tempo. Und da sieht der Manager die Politik in der Pflicht. "Wir brauchen dringend mehr Flächen. Und wir brauchen eine Beschleunigung bei den Genehmigungen." Fünf bis sieben Jahre dauere es heute, bis hierzulande ein neuer Windpark genehmigt sei. In Texas seien das gerade mal zwei Jahre. An den entsprechenden

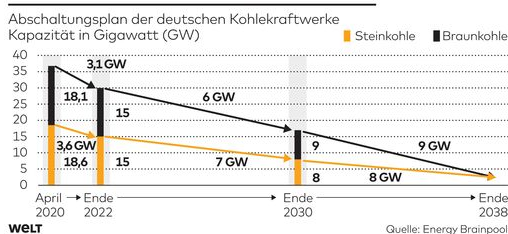
Genehmigungen hapere auch der dringend notwendige Netzausbau in Deutschland. "80 Prozent der Anträge stecken noch immer in Genehmigungsverfahren." Gehe es in diesem Bereich aber nicht voran, bekomme der Süden der Republik künftig ein Problem mit der Stromversorgung.

Zumal der Bedarf quer durch die Republik stetig steigt, etwa durch die Elektrifizierung von Mobilität und Verkehr oder durch die Dekarbonisierung der Industrie. "Wir müssen die gesamte Wirtschaft umbauen auf Klimaneutralität. Grüner Strom und grüner Wasserstoff sind dafür die Basis", sagt Krebber. Daher müsse nun schnell eine starke Wasserstoffwirtschaft aufgebaut werden. "Dafür brauchen wir in der Hochlaufphase Pragmatismus." Sonst drohe eine Abwanderung der Industrie. Er wünsche sich daher für die nächste Legislaturperiode eine "kraftvoll funktionierende Bundesregierung". Welche Parteien aus seiner Sicht daran beteiligt sein sollen, wollte Krebber vor der WPV nicht preisgeben. Wichtig sei vor allem, dass schnell gehandelt wird.

Deutschlands größter Kraftwerksbetreiber hatte tags zuvor die Aufteilung seiner Erneuerbare-Energien-Sparte vermeldet. Künftig werden die Bereiche Windkraft an Land und **Solarenergie** getrennt vom Bereich Meereswindparks (Offshore-Windkraft) geführt. Damit könne man sich im schnell wachsenden Bereich "besser auf die spezifischen Anforderungen der unterschiedlichen Geschäfte ausrichten". Obwohl eine Abtrennung des strukturell sehr besonders gelagerten Offshore-Geschäfts inhaltlich sinnvoll erscheint, war der Schritt intern womöglich umstritten. Die bisherige Leiterin der RWE Renewables GmbH, Anja-Isabel Dotzenrath, legte jedenfalls am selben Tag ihre Ämter nieder und verließ RWE. Die Abtrennung des kapitalintensiven Offshore-Bereichs eröffnet RWE die Option, finanzstarke Partner an dieser Sparte zu beteiligen.

*Carsten Dierig
Daniel Wetzel*

Schrittweiser Ausstieg bis spätestens 2038



Bildunterschrift: RWE ist Deutschlands größter Kraftwerksbetreiber. "Wir müssen immer auch die Versorgungssicherheit beachten", sagt Vorstandschef Markus Krebber

Quelle:	DIE WELT, 25.08.2021, Nr. 197, S. 9
Ressort:	Wirtschaft
Rubrik:	Wirtschaft
Dokumentnummer:	178921953

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_33212d262238b0922dc2ed0e8276d41eefbee3ca

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH